

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTLICH
INSPIRIEREND
S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.kla.tv
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G

~ AUSGABE 12/2022 ~
VERMÖGEN



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

INTRO

„Nichts wird jemals wieder so sein wie zuvor“, so heißt es in dem Buch Covid-19: The Great Reset von Klaus Schwab und Thierry Malleret. Dafür soll die Wirtschaft bis auf die großen Konzerne zerstört werden, das komplette Leben kontrolliert und nur wenige Menschen noch eigenes Vermögen besitzen. Besonders die Finanzgiganten dieses Plane-

ten werden von diesen Plänen profitieren. In Deutschland wurden bereits vor der Pandemie die gesetzlichen Voraussetzungen für die Verarmung der Bürger gelegt. Diese bewußt vorangetriebene Verarmung für die deutschen Bürger, aber auch weltweit, ist das Thema dieser Ausgabe.

Die Redaktion (pg.)

Geheimniskrämerie um ein Banksanierungsgesetz

pg. Am 1.1.2015 trat in der BRD das Gesetz mit dem unscheinbaren Namen „Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (SAG)“ in Kraft. Dieses Gesetz wurde einst zu abendlicher Stunde in einem fast leeren Plenarsaal verabschiedet. Droht seither einer systemrelevanten Bank die Insolvenz, so kann die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FSMA) nach Paragraph 89 des Gesetzes Kundengelder einziehen oder in Aktien der Bank umwandeln. Der Wert der Aktie wird von der FSMA festgelegt und kann auch

auf Null gesetzt werden. Wundern Sie sich, weshalb davon die meisten Banker und Vermögensverwalter noch nie etwas gehört haben? Der Paragraph 5 dieses Gesetzes legt fest, dass alle bei der Abwicklungsbehörde, der Aufsichtsbehörde, bei dem Bundesministerium der Finanzen und bei anderen nationalen Behörden beschäftigte Personen über das SAG Stillschweigen zu wahren haben. Kann man bei einem Staat von einem Rechtsstaat sprechen, der darauf bedacht ist, den Inhalt eines Gesetzes der Öffentlichkeit zu verschweigen? [2]

Mittelstand und Kleinunternehmen vor Existenzbedrohung

uh. Im Frühjahr 2020 wurden viele kleine Firmen mit Soforthilfen des Staates gestützt. Die Betriebe, die durch den verordneten Lockdown in Existenznot gekommen waren, hatten die Information, dass die Hilfgelder als Zuschuss gewährt würden, welcher nicht zurückgezahlt werden müsste. Doch nun ist für viele das böse Erwachen gekommen, als die Behörden Hilfgelder zurück-

forderten. Während einige Großkonzerne wie Lufthansa, Tui AG oder FTI Touristik GmbH-Gelder für Stabilisierungsmaßnahmen mehrstellige Millionenbeträge bekommen, stehen Mittelstands- und Kleinbetriebe vor einer krassen existenzbedrohenden Situation. Die Kleinen bluten aus und die Großen werden noch reicher. [4]

Quellen: [1] <https://bit.ly/3s5ffMg> | <https://bit.ly/3s4aDpS> | <https://bit.ly/3b1bqd> | <https://bit.ly/36w7Ptl> | <https://bit.ly/35f11lr> | <https://bit.ly/3H6NiDw> [2] <https://bit.ly/3BBLYMt> | <https://www.gesetze-im-internet.de/sag/> [3] <https://bit.ly/3BEIUzI> [4] <https://www.deutsche-finanzagentur.de/de/wirtschafts-stabilisierung> | <https://bit.ly/3Jzgf00>

Versteckte Durchführung des Lastenausgleiches

pg. Noch vor Beginn der Corona-Pandemie, im Herbst 2019, wurden Gesetzesänderungen im Deutschen Bundestag durchgeführt, durch die man letztlich den Bürger ab dem 1.4.2024 für mögliche Impfschäden zur Kasse bitten kann. Das Eine war das Lastenausgleichsgesetz, über das in der Nachkriegszeit Bürger mit Sachvermögen, insbesondere Immobilien, gesondert besteuert wurden. Hier wurde im Artikel 21 ein Verweis auf das Bundesversorgungsgesetz Paragraph 276 eingefügt, auf das ebenfalls im Herbst 2019 vom Bundestag verabschiedete Gesetz „Vierzehntes Sozialgesetzbuch“. Dieses „Vier-

zehnte Sozialgesetzbuch“, das im Herbst 2019 neu geschaffen wurde, regelt die Entschädigung für Impfschäden, die sich durch empfohlene Impfungen ergeben. Zusammengefasst bedeutet das, der Staat kann ab dem 1.4.2024 einen Lastenausgleich mithilfe der Vermögenswerte der Bevölkerung für die Entschädigung von Impfgeschädigten durchführen. Was wusste der Gesetzgeber schon vor der Corona-Pandemie von der daraus resultierenden umfangreichen Impfkation, dass er sich dazu genötigt sah, eine solche versteckte Gesetzgebung durchzuführen? [1]

Kapitalgesellschaften machen Regierungen zu Marionetten

rl. Die drei größten Kapitalorganisationen sind BlackRock, Vanguard, State Street – die auch die Big Three genannt werden. Ab 50 Millionen Dollar ist es möglich, Geld bei diesen Organisationen anzulegen. BlackRock beispielsweise ist als Großaktionär bei 282 der größten 300 westlichen Kapitalgesellschaften beteiligt. Als Miteigentümer von Rating-Agenturen ist diese Organisation sogar an der Festlegung von Kreditkonditionen von Unternehmen und Staaten beteiligt. Durch das Abstimmungsverhalten der Big Three bei Aktionärsver-

sammlungen beeinflussen sie die Führung von Konzernen. Auch nehmen sie großen Einfluss auf Staaten. So erstellte BlackRock die Risikoanalysen für die Bankenrettungen in Irland, Griechenland, Großbritannien und Zypern – und führte für die Europäische Union den Stresstest für die 39 größten Banken in der EU durch, bei denen sie selbst vielfach Miteigentümer ist. Kapitalgesellschaften wie diese haben soviel Macht, dass sie Regierungen für ihre Interessen manipulieren können und die Belange des Bürgers in den Hintergrund treten. [3]

Nullzinspolitik zur Zerstörung des Gemeinwohls

pag. Die Strategie der Europäischen Zentralbank (EZB) ist, hochverschuldete EU-Staaten mit Hilfe der sogenannten Nullzinspolitik zu retten. Das bedeutet, wer Geld auf der Bank hat, bekommt dafür keine Zinsen mehr. Die Inflationsrate, das ist der Wert der den Kaufverlust auf Grund der Preissteigerungen aus-

drückt, ist im Dezember 2021 auf über 5 % gestiegen. Für das Ersparnis bekommt man somit 5 % weniger als noch ein Jahr zuvor. Für den Zeitraum von 2008–2018 wurden die Zinseinnahmen gegenüber den Zinsausgaben gerechnet. Als Ergebnis zeigte sich bei den Haushalten ein Nettogrund der Preissteigerungen aus-

Fortsetzung Seite 2

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!
Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!
Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzaufsatz an SuG@infopool.info

Fortsetzung von Seite 1

toverlust von 123 Milliarden Euro. Von dieser schleichenden Enteignung ist vor allem die Mittelschicht betroffen, da der Großteil des Vermögens in Lebensversicherungen und Sparguthaben angelegt ist. Dagegen stieg aber, trotz der Nullzinspolitik, das deutsche Geldvermögen im Zeitraum von 2011–2019 um 40 % auf 6,236 Billionen Euro. Augen-

scheinlich kommt diese Politik Vermögenden entgegen, wogegen Haushalte, die hauptsächlich mittlere und untere Schichten repräsentieren, die Leidtragenden sind. Wenn der Mittelstand auf Grund dieser Nullzinspolitik enteignet wird, führt das mehr und mehr zur Zerstörung großer Teile des Gemeinwohls. [5]

Enteignung ohne Vorwarnung

juh. Artikel 14 GG hält fest: „Eigentum und Erbrecht werden gewährleistet“. Satz 3 jedoch schränkt ein: „Eine Enteignung ist [...] zum Wohle der Allgemeinheit zulässig“. Ende 2020 konkretisiert dies die SPD-Abgeordnete Luhmann im Bundestag wie folgt: Auf die Frage, mit welchen Mitteln man der durch die „Coronamaßnahmen“ ausufernden Verschuldung Herr werden soll, fordert sie – „[...] mit den Mitteln einer Vermögensabgabe.“ Im Klartext: durch Zwangshypotheken auf Immobilien- und Grundbesitz und einfach durch Einbehalten unserer Bankersparnisse aufgrund der am 12.12.2019 mit Geltung ab 01.01.2024 beschlos-

senen Neuregelung des Lastenausgleichsgesetzes von 1949 unter dem neuen Namen „Gesetz zur Regelung des sozialen Entschädigungsrechts“ einfach einbehalten. Danach wird entschädigt, wer z.B. auch durch „Schutzinjektionen“ nach Maßgabe des Infektionsschutzgesetzes gesundheitliche Schädigung erleidet. Der ehemalige Lastenausgleich für Kriegsgeschädigte, soll nun ein Instrumentarium dafür sein, um unsere Vermögenswerte zu konfiszieren und Impfgeschädigte damit zu entschädigen. Und offensichtlich wird ab 2024 ein noch krasserer Offenbarwerden von Impfschäden und somit auch Anschwellen der Klagewelle erwartet. [7]

Die unterschiedliche Behandlung von Naturkatastrophen

gap. In der Folge der Flutkatastrophe im Ahrtal vom Juli 2021, war die Koordinierung der offiziellen Hilfskräfte wie Polizei, Feuerwehr und Technische Hilfswerk schlecht. Deshalb war die Bevölkerung auf private Hilfen aus der Bevölkerung angewiesen. Die von diesen Hilfskräften durchgeführten Hilfen wurden sogar von der Seite des Staates sabotiert und von mehreren Leitmedien als unerwünschte Querdenker, Coronaleugner bzw. Rechtsradikale diffamiert. Hingegen reagierte man in der BRD sehr schnell nach den beiden

Zyklonen Anfang Februar 2022, die in Madagaskar schwere Schäden angerichtet hatten, und schickte Leute des THW in das Krisengebiet. Kurz darauf wurden aus Deutschland sogar weitere Experten entsandt. Madagaskar hat die Hilfe sicherlich nötig, aber während es im Ahrtal zäh und schleppend lief, klappte es im Gegensatz dazu in Madagaskar wie am Schnürchen – das spricht nicht dafür, dass der Staat den Belangen des eigenen Volkes Priorität einräumt. [9]

Deutschland garantiert 750 Milliarden für die EU

gz. Gerade durch die Coronapandemie sammelt sich der Reichtum bei wenigen Menschen. Aber nicht nur die Superreichen, auch die Politik profitiert von der Pandemie. Der ehemalige Bundestagspräsident Schäuble äußerte bereits im August 2021: „Die Corona-Krise ist eine große Chance [...] Wir können die Wirtschafts- und Finanzunion, die wir politisch bisher nicht zustande gebracht haben, jetzt hinbekommen.“ Vor der Pandemie war es unvorstellbar, dass die Vergemeinschaftung der

Schulden in Europa durchgesetzt werden könnte. Jetzt übernimmt Deutschland die Rückzahlungsgarantie für den Europäischen Corona-Rettungsfonds in Höhe von 750 Milliarden Euro. Das ist eine Aufforderung für EU-Staaten, Geld aufzunehmen und auszugeben. Dieses Geld wird größtenteils mit Steuermitteln des Otto-Normalbürgers erbracht. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass dieses Geld hauptsächlich in die Hände von Milliardären fließt. [6]

Kinderarbeit und Billigarbeitskräfte für mächtige Großkonzerne?

uh. Nach offiziellen Zahlen arbeiten weltweit 218 Millionen Kinder und Jugendliche zwischen 5 und 17 Jahren unter meist menschenunwürdigen Bedingungen! Die Kinder in der Textilproduktion sind Chemikalien oft ungeschützt ausgesetzt. So braucht es beispielsweise zur Herstellung von einem Kilogramm Textilien ein Kilogramm Chemikalien, von denen sich natürlich noch Bestandteile in den Fasern befinden, denen die jungen Menschen direkt ausgesetzt sind. Westliche Firmen wie H&M und New Look lassen ihre Waren in Myanmar von Kindern ab 14 Jahren herstellen, die an 6 Ta-

gen in der Woche bis zu 11 Stunden arbeiten. Auch im Bergbau werden Minderjährige dafür eingesetzt, um mit einfachen Werkzeugen unter gefährlichen Bedingungen tiefe Schächte in die Erde zu graben. Die Konzerne, die Kinderarbeit für die Produktion ihrer Produkte einsetzen, umgehen oft das gesetzliche Mindestalter und bezahlen auch nicht einmal den ohnehin schon geringen in diesen Ländern vorgeschriebene Mindestarbeitslohn. Auf Kosten dieser jungen Menschen wird die Bilanz dieser Betriebe gesteigert und den Aktionären größere Gewinne beschert. [8]

Schlusspunkt •

Wenn sie bisher der Meinung waren, ihr Geld, Gold oder Immobilie wäre sicher, so wurde in der Ausgabe aufgezeigt, dass dies nicht so ist. Der Raubzug, der das Vermögen des Bürgers zu den Finanzoligarchen transferiert, ist schon lange Zeit im Gange. Jedem Einbruch oder Banküberfall wird von den Ermittlungsbehörden nachgegangen, bis der Täter ermittelt und der zugefügte Schaden beglichen werden kann. Gegen diesen laufenden Raubzug, bei dem man die Bevölkerung immer mehr auspresst, gab es bisher keine Ermittlungen. Dieses Vorgehen muss ein Ende haben, die Täter ermittelt, und die Gelder an die rechtmäßigen Besitzer zurückgebracht werden.

Die Redaktion (pg.)

Quellen: [5] <https://bit.ly/3v5dbFX> | <https://bit.ly/3v4rGtL> | <https://bit.ly/3BB4TXC> | <https://finanzmarktwelt.de/die-folgen-der-nullzinspolitik-der-etz-in-europa-148679>
 [6] <https://yourshort.link/hT1Ch> | <https://yourshort.link/HCeAY> [7] <https://bit.ly/3CRewC4> | <https://aurich-kontor.de/great-reset.html> [8] <https://bit.ly/316OoFq> | <https://bit.ly/3v07Sb0> | <https://bit.ly/3JMPruB> | <https://bit.ly/3p3qEKN> [9] www.kla.tv/19752 | <https://bit.ly/3h83myM> | <https://bit.ly/36n4S1x>

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 19.3.22

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktionsadresse:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen:

ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT, LET – weitere auf Anfrage

Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen



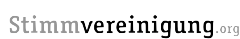
www.anti-zensur.info



www.kla.tv



www.panorama-film.ch



www.stimmvereinigung.org



www.agb-antigenozidbewegung.de



www.sasek.tv